

# Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter

## Erklärung der Opposition — Wüstes Loben der Reformer verhindert vollständige Vorlesung

Der Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter nahm am Mittwoch zunächst die Abstimmungen über die Anträge vor. Der Antrag Roß (Opposition) zur Bildungsfrage wurde nicht genügend unterstellt. Im Eilzugtempo wurde über eine Reihe von Entschließungen abgestimmt.

Einstimmig wurde gegen den Entwurf des Arbeitsbeschaffungsgesetzes protestiert, den die Koalitionsregierung dem Reichstag zur Annahme vorlegen will.

Die Lohnpolitik der Bürgerblockregierung wurde verurteilt. (Nach Ansicht der Bürokratie soll die Lohnpolitik der Koalitionsregierung besser werden.) Ferner wurden Resolutionen zur Sozialversicherung, zur Notverordnung vom November 1920 zur technischen Röhlisse, zur Beamten- und Angestelltenfrage, zur Bildungsfrage und zur Invalidenversicherung angenommen.

Der Antrag über Einführung der Invalidenunterstützung wird gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Selbstverständlich wurden alle oppositionellen Anträge zu den Lohnbewegungen und Streiks, zur Schreibweise der „Gewerkschaft“ gegen die Verschlechterung des Verbandsstatus, von der reformistischen Mehrheit abgelehnt. Nicht nur das, auch die meisten sonstigen Anträge aus den Filialen, die nichts mit einer Opposition zu tun hatten, wurden abgelehnt, so daß sich sogar einige sonst vorstandstreue Delegierte gegen diese Behandlung wandten.

Bei der Statutenberatung erfolgte eine besonders grobe Verschlechterung des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder durch folgenden Antrag:

„Zum Verbandsbeirat gehören die Mitglieder des Verbandsvorstandes, 2 Vertreter des Sekretärs des Hauptbüros, 2 Mitglieder des Verbandsausschusses, darunter der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter, die Wirtschaftsbeisitzer und 25 Delegierte, die von den Mitgliedern zu wählen sind...“

Nach schärfster Diskussion wird die Erweiterung des Beirats um 20 Bürokraten gegen 9 Stimmen angenommen.

Die Neuwahl der Verbandsleitung erfolgt gegen die Stimmen der Opposition.

Simisch (Opposition), Berlin, protestiert dagegen, daß man dem Kollegen Bork nicht mehr als unbedeutsamer Vorstandmitglied vorgeschlagen habe, obwohl man seine Mitarbeit anerkannt hat. (Bork ist in diesem Jahre 25 Jahre Mitglied der Freien Gewerkschaft, davon 17 Jahre Funktionär des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Durch eine Schiebung der Verbandsföderation der Filiale Berlin ist er nicht auf die Vorschlagsliste gekommen. Das ist der Berliner Generalsejmung nachgewiesen worden.) Wir verlangen, daß an Stelle des Kollegen Hettmann, der keine enge Fühlung mehr mit den Betriebsarbeitern hat, der Kollege Vollmann angesetzt wird.

Bei der nun folgenden Abstimmung sprechen sich 15 oppositionelle Delegierte gegen die gemachten Vorschläge aus.

Im Namen dieser 15 oppositionellen Delegierten, die mit der Zusammenziehung des Vorstandes nicht einverstanden sind, wollte Büßer (Opposition) eine Erklärung abgeben. Er wird aber durch die ständig dazwischenzulende, müßig tobende reformistische Mehrheit an der vollständigen Vorlesung der Erklärung gehindert und ihm durch den Verbandsvorstand Münster das Wort entzogen.

Die Erklärung lautet:

Der in Köln tagende Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter stellt über die Tätigkeit des Vorstandes folgendes fest:

1. Der Verbandsvorstand hat die Politik des ADGB gutgeheißen und trägt deshalb die volle Verantwortung für diese Politik. In den letzten 1½ Jahren standen Millionen deutscher Arbeiter im Kampfe für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Statt die Kämpfe zusammenzufassen und dieselben auch gegen die Diktate des Schlichters zu führen, sind sie zerstückelt und einzeln nacheinander geführt und abgewürgt worden. Diese wirtschaftsfriedliche Politik hat dazu geführt, daß trotz vermehrter Arbeitsintensität und trotz Nischenprofite der Unternehmer die Reallohnrate in den Nationalisierungsjahren nicht gestiegen ist.

Diejenigen sind, die Arbeitszeit fast dieselbe gehalten haben, und die Position der Arbeiterschaft in den Betrieben geschwächt wurde.

2. Dieselbe wirtschaftliche Politik, wie sie durch den ADGB betrieben und befürwortet wird, ist heute im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter durchgeführt worden. Die Lage der Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen wird voll und ganz von der Lage der Privatindustrie bestimmt. Die Akteure gebilde des Privatkapitals, die Truste und Konzerne beherrschen die gesamte deutsche Wirtschaft und bestimmen die Lebenslage der Arbeiterschaft in allen Betrieben. Die Rationalisierung in der Privatindustrie, die Ausdeutung in den öffentlichen Betrieben ist ungeheuerlich gestiegen. Die Reallohnrate aber sind während der Rationalisierung im Vergleich zu den Vorriegsjahren die gleichen geblieben, der 8-Stunden-Tag ist bis jetzt für Jethauende von Beschäftigten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen nicht durchgeführt worden. Die Schulden an dieser miserablen Lage rächt die reformativ Politik des Verbandsvorstandes. Im Jahre 1927 wurden pro Kopf der zahlenden Mitglieder für Streik 4,7 Pf. ausgegeben. Demgegenüber wurden für Arbeitslosenunterstützung 74,03 Pf. für Krankenunterstützung 342,8 Pf. für Sterbeunterstützung 81,6 Pf. pro Kopf gezahlt.

Der Verband wird dadurch mehr und mehr von einer Kampforganisation in einen Unterstützungsverein verwandelt.

3. Die Verbandsbureauistik, die eine ungeheure Macht im Verband darstellt, hat sich mehr und mehr der Mitgliedschaft entzweit. Der Verbandsvorstand macht, was er will, ohne die Meinung der Mitgliedschaft Rechnung zu tragen. So wurde der Reichsmanteltarif um 2 Jahre verlängert, ohne die Mitgliedschaft befragt zu haben.

Den Bestrebungen aller Massenbewußten Arbeiter und Angestellten sowie Beamten eine einheitliche allumfassende Internationale der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den öffentlichen Betrieben herzustellen, ist nicht Rechnung getragen worden. Gegen den Verband der Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Betrieben des ersten Arbeitersstaates der Welt, der Sowjetunion, wird in den Verbandsbürokraten Stimmung gemacht. Die gesamte Mitgliedschaft hätte es auf das lebhafteste begrüßt, wenn der russische Bruderstand zu unserem diesjährigen Verbandstag eingeladen worden wäre, um den ersten Schritt zur Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale zu tun.

Da es außerdem der Verbandsvorstand abgelehnt hat, wie bisher einen Vertreter der Organisation in den Verbandsvorstand zu wählen, mußte die Opposition gegen den Vorschlag der Statutenberatungskommission zur Neubefreiung des Vorstandes stimmen.

Die von der Bürokratie vorgeschlagenen hohen Gehälter wurden gegen 29 Stimmen bewilligt. Eine außerdem noch geforderte zusätzliche Rentenunterstützung wurde jedoch mit Mehrheit abgelehnt. Der Verbandstag bewilligte sich selbst Diäten in Höhe von 25,- Mark pro Tag.

## Verbandstag der Buchbinderei

Die Mittwochssitzung des Verbandstages der Buchbinderei und Papierverarbeiter eröffnete der Vorsitzende Zinke, mit einer absolut unverbindlichen Kritik an der kommunistischen Presse. Es zeigt sich dabei, daß es den Herren Sozialdemokraten in der Zeitung sehr unangenehm ist, daß die Tatsachen über ihre Ausschlußpolitik und die jeder proletarischen Demokratie holdende Handhabung der Verbandslagswahlen veröffentlicht werden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde zu den eingerückten Anträgen eine Diskussion genommen. Man verschob jedoch eine weitere Diskussion darüber auf Donnerstag. Zu erwähnen ist nur, daß jetzt in der Mittwochssitzung von verschiedenen Seiten die Zustellung aller Gauführer zum Verbandstag mit Sitz und Stimme beantragt wurde.

Darauf hielt der bekannte Professor Singhalmer einen Vortrag über das Arbeitsrecht, wobei er die bekannten arbeitsgemeinschaftlichen Theorien vertat. Nach der Diskussion über diesen Vortrag fand eine Vergnügungsfahrt der Delegierten nach Jena und Kauernswerth statt.

Es gibt überhaupt nirgends Verwirrung. Weder Besorgnis, noch Eile, noch Geschäftigkeit. Das Leben ist eben eine Harmonie. Und die Heimat der Harmonie liegt im Lande der Bau, Mendelssohn, Liszt und Haydn.

In diesem Sommer, da über Bayern Gewitter niedergangen und in der Dämmerung sich Schwüle über die Städte breitete, ging man an den Abenden nach Rosenau, zum Kühl Teich.

Die Männer ziehen ihre Röcke aus, hängen ihre Hüte an die Weizenknöpfe (sie haben zu diesem Bezug eine besondere Klammer, gratis von Zieg in München) und plügen, ihre Regenschirme in den Faust, dahin.

So die Männer.

Ihre Frauen, Töchter und Schwiegermütter folgen ihnen einträchtig. Alle tragen weiße Blusen, Täschchen und Regenschirme.

Und ihnen voran laufen die Söhnchen: ohne Hut, das Schillerkragenhemd in die kurzen Hosen gesteckt. Nur sie allein haben keine Regenschirme. Gleich beim ersten Donnergrollen macht alles eilig lebt. Und die Schillerhemden werden wieder trocken und schon morgen früh gebügelt sein.

Sie pflegen lange und ausdauernd bei Zieg zu sitzen. Unentwegt hören sie dem Orchester zu, singen die Straußmelodien mit und sind gerüstet.

„Das ist noch Musik! Prost!“

Der Dirigent, ein Feldwebel, leitet das Orchester genau wie bei einer Parade. Wenn man Beifall klatscht, wendet er sich um — eins, zwei — und verbeugt sich, soweit es ihm die militärische Vorchrift und der hohe Kragen gestattet.

Der Flötist erhebt sich, wechselt die Nummer und schlägt Takt Nr. 4 ein.

Hier pflegt jede Familie — mit patriarchalischer Gründlichkeit — ins Programm zu gedenken.

„Ah! Schubert-Lieder-Potpourri!“

„Ah, Schubert!“

„Ja, ein herrlicher Komponist, Prost!“

Doch eines Nachts, bevor der Wolkenbruch über die Stadt niederging, brach der gewohnte, bequeme Rhythmus zusammen.

Die Leute versammeln sich in kleinen Gruppen an den Straßenenden, vom Regen gepeltzt, wie vom Wind gejagte Vögel, wie vom Donner erschreckte Schafe.

Sie öffnen und schließen ihre Regenschirme.

Sie legen ihre Hüte ab und wieder auf.

Aber sie bewegen sich nicht; sie warten auf den Blitz.

Und wenn er sich diebisch über die Dächer schleicht, laugen die Leute mit ihren Augen die zerkleinerten Telegramme ein, die an

## DDG und Landarbeiterchaft

In einem Artikel vor den Wahlen nimmt W. A. (Walter Kwasnitz, Schriftleiter des „Landarbeiter“) Stellung zu den Wahlen. Die Einladung bildet einige nationalistische Phrasen, worin „Die SPD will das Wohlgehen aller Deutschen, die SPD kennt die wahren Noten jeden Berufsstandes auch die wirkliche Not in der Landwirtschaft. Sie will auch diesem Beruf ihr Hilfe nicht versagen, allerdings nur dort, wo wirkliche Not besteht ist Hilfe aus öffentlichen Mitteln angebracht. Diese Hilfe brauchen aber in erster Linie Kleinbauern und Landarbeiter.“ Sehr richtig! Aber wie sieht es in der Praxis der SPD damit aus?

In Nummer 8 der Gewerkschaftszeitung vom Februar, Druck des ADGB, schreibt ein Diplomlandwirt H. Wilbrandt: „Bon einer Notlage der Landwirtschaft kann nicht gesprochen werden — die große Masse der däuerlichen Landwirtschaft ist in ihren Grundlagen gesund und in seiner Weise gefördert. Schwer bedroht sind ... dagegen einige tausend Betriebe, in der Hauptsache ostdeutsche Großbetriebe.“ Hier sieht man die Doppelzüngigkeit der SPD. Ferner zeigt sie uns ihre wahre Gesinnung, ihre Haltung in den Parlamenten, in der Reichsregierung bei der Fortsetzung der Schiedspolitik.

Walter Kwasnitz schreibt weiter über den erschreckenden Unterschied zwischen den Lönen der Land- und gewerblichen Arbeiterschaft, über die Aufgabe der Reichs- und Landesregierungen, durch Erhöhung der Löne in den staatlichen Betrieben mit gutem Beispiel voranzugehen. Von den Parlamenten erwartet er die Beteiligung der Sondergelehrte für die Landarbeiterchaft in bezug auf Sozialpolitik, Betriebsratgesetz, Koalitionsrecht, Hofgängerwesen usw.

Natürlich unterläßt er es nicht, den Landarbeitern zu jagen, die Parole der SPD ist „Herrn an den Staat“, „Nur durch Regierungsbeteiligung werden wir unser Ziel erreichen — deshalb wählt SPD!“

Nach dem Wahlsieg ist W. A. schon zurückhaltender in seiner Schreibweise geworden; er erklärt: „Leider können wir nicht allein nach unseren Wünschen die Regierung beeinflussen, denn dazu reicht unser Sieg bei den Wahlen nicht aus; Koalitionsregierung, das ist für uns ein Werkzeug, das wir benutzen am Bau des Sozialismus.“

Hofft uns! Die SPD bringt uns durch Beteiligung am geschäftsführenden Konkurrenz der Trusts und Kartelle (genannt Reichsregierung) den Sozialismus! Haben die SPD und ihre Getreuen im DWB wirklich den ehlichen Willen, der Landarbeiterchaft aus ihrem ungeheuren wirtschaftlichen und kulturellen Elend zu helfen,

Betrachten wir die Haltung der sozialdemokratischen Reichsregierung, in der auch Landarbeitsführer wie Georg Schmidt, Verbandsvorsitzender, und Karl Süder, Gauleiter in Königsberg, Jäger, zu unseren Landarbeiteranträgen im letzten Reichstag. Die Anträge, die hier aufgeführt werden, sind außer am 17. 2. 1928 auch in späteren Sitzungen von der KPD gestellt worden — wurden aber stets mit den Stimmen der Bürgerlichen und der SPD abgelehnt. Es sind das folgende Anträge: 1. Aufhebung der vorläufigen Landarbeitsordnung, deren Entstehung auf die Initiative Georg Schmidts zurückzuführen ist und stark an die alte reaktionäre Gefüroderung erinnert — Unterstellung der Land- und Forstarbeiterchaft unter die Gewerbeordnung.

Arbeitszeitantrag: Die Arbeitszeit darf im Jahre 2400 Stunden nicht überschreiten. Überstunden sind nur in den Saat- und Erntemonaten zulässig, sie sind auf die Wintermonate angrenzen.

Gehaltsnachfrage: Prämieneinhaltung und Umlordarbeit ist in der Land- und Forstarbeiterchaft zu verbieten. Zahlung eines Mindestlohns in der Höhe eines Existenzminimums, das von den freien Gewerkschaften zu ermitteln ist. Der Gesamtlohn darf nicht unter dem Durchschnittsverdienst der Industriearbeiter im gleichen Wirtschaftsgebiet liegen. Sogar der Landbund kannte das einmal eine notwendige Forderung während des Grünen-Wochen-Rummels, aber in der Praxis werden die Hundelöhne noch mehr herabgelehnt.

Ein Antrag zur Sicherung des Koalitionsrechts wurde ebenfalls abgelehnt. (Angeblich auch eine DDG-Forderung.)

Auch ein Antrag auf Beseitigung des Hofgängerwesens (DDG-Forderung) wurde mit den Stimmen der SPD abgelehnt. So sieht das wahre Gesicht der genannten Vertreter und Kämpfer für die Rechte aller „Volksgenossen“ aus.

Landarbeiter! Welche Schläge sind aus dem hier Angeführten zu ziehen? Hin ein in den DWB! Macht ihn zu einer mächtigen Kampforganisation, beteiligt euch aktiv an dem gewerkschaftlichen Leben! Entzieht den reformistischen Demagogen die Führung! Kämpft gemeinsam mit dem Industrieproletariat um die Erhaltung eurer wirtschaftlichen Lage! Kämpft mit ihnen, um das kapitalistische System zu stürzen — erst dann werdet ihr ein menschenwürdiges Dasein erlangen. R.R.

Verantwortliche Redakteure: für Innen- und Außenpolitik: Rudolf Kraske; für Volks-, Gewerkschafts-, Sport- und Freizeit: Richard Geiger; für den Interessenrat: Walter Bartsch; Berliner Zeitung: Berlin; Dresdner Verlagsgesellschaft — Druck: „Dessau“; Herausgeber: Walter Kraske.

den Wänden stehen, um sich noch einmal und immer wieder von einem Wort blenden zu lassen:

„Erzherzog!“

Dann beläuft sie der Donner, der Regen schwemmt sie weg, sie reißen sich von der Stelle los, sammeln sich wieder an den Straßenecken und sind von neuem gebündet von dem Worte: Erzherzog!

Und wieder röhren sie sich nicht und warten auf den Blitz.

Mit dieser Nacht, in der sie das Wort „Erzherzog“ bestaunten, hörte die alte Harmonie auf und die aufgestörten Menschen jagten bestürzt nach einer neuen.

Ganz durchsichtig läßt Andrej in der vertrauten Umgebung der Stadt zu dem Hause, wo Kurt wohnt. Im Witze schienen die Gaslaternen zu sterben und wieder aufzuerstehen. Andrej zündete ein Streichholz an und schellte. Minuten später hörte eine leise Stimme auf die Straße:

„Sind Sie's, Herr Wann?“

Andrej eilte einige Schritte von der Tür bis in die Mitte der Straße zurück.

Verzeihen Sie die Störung, Frau Maier. Ist Herr Wann zu Hause?“

„Ah, Herr Starzow! Guten Abend! Wir dachten, Herr Wann wäre bei Ihnen. Er ist schon ziemlich lange fort. Er hatte Besuch von einem Offizier ...“

„Einem Offizier?“

„Ja, von einem jungen Offizier.“

„Und Herr Wann ging mit ihm fort?“

„Nein. Der Offizier ging vor ihm weg.“

„Kun, und wo ist Herr Wann?“

„Sie machen mir wirklich Angst, Herr Starzow. Woher soll ich wissen, wo er ist? Er hat beim Weggehen so heftig die Tür zugeschlagen, daß bei mir in der Küche das ganze Geschirr klirrte.“

„Verzeihen Sie die Störung, Frau Maier! Gute Nacht!“

„Gute Nacht, Herr Starzow!“

Der weiße Fleck in der Mansarde verschwand. Das Fenster wurde geschlossen. Andrej blieb einige Augenblicke ruhig stehen und sprach leise vor sich hin:

„Ein Offizier ...“

Dann ging er langsam Schritte zurück.

Dahin siebte er sich aus, rieb sich Brust, Rücken, Bauch und Hüfte mit einem trockenen Handtuch ab, zog das Nachthemd an, öffnete die Fenster, deckte sich zu und schlief sofort ein.

(Fortsetzung folgt)

## STÄDTE UND JAHRE

Morgan aus dem alten Deutschland und dem neuen Russland von Konstantin Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitrij Umnanskij  
Copyright by Malik-Verlag,